

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlig, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienan, Reudorf, Ortmannsdorf, Rülken St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Slangendorf, Thurm, Niedermüllen, Rabschnappel und Zirkheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichem Amtsgerichtsbezirk

58. Jahrgang.

Nr. 260

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

Sonnabend, den 7. November

Haupt-Infektionsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

1908.

Dieses Blatt erscheint täglich außer an Feiertagen und Festtagen zu den folgenden Tagen: — Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 50 Pfennige, durch die Post bezogen 1 Mark 75 Pfennige. Einzelne Nummern 10 Pfennige. Zustellungen außerhalb des Amtsgerichtsbezirks werden außer der gewöhnlichen Postgebühr mit 10 Pfennigen für die Zustellung berechnet. Fernsprechanzeige 30 Pfennige. Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 80 Pfennige. Telegramm-Adresse: Tageblatt. Druckerei-Verlag Nr. 7. Zensuren-Nachnahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.

Stadtsparkasse Lichtenstein.

Einlegerguthaben 8000000 Mark, Reservefonds 4800000 Mark.
Geschäftszeit 8—12 und 2—5 Uhr täglich
Einlegerzinsfuß 3 1/2 %

Einlagen in den ersten drei Tagen eines Kalendermonats werden noch für den vollen Monat verzinst. Gewünschte Rückzahlungen erfolgen in der Regel ohne Kündigung und ohne Zinsverlust in beliebiger Höhe.

Nächsten Sonnabend, den 7. dieses Monats abends 8 Uhr findet die diesjährige gemeinschaftliche Haupt- und Schlussversammlung der freiwilligen Feuerwehr, Pflichtfeuerwehr und Sanitätskolonne statt. Die Beteiligten haben sich zu angegebener Zeit am Spritzenhause pünktlich einzufinden.
Hohndorf, den 4. November 1908.
Der Branddirektor. Der Gemeindevorstand.

Die Volksbibliothek zu Hohndorf

ist täglich während der Expeditionszeit des Gemeindeamtes geöffnet und wird zur fleißigen Benutzung angelegentlich empfohlen

Das Wichtigste.

* Nach Mitteilungen aus Karlsruhe teilt der Kaiser mehrere Tage zum Besuche der Großherzogin Wilhelmine in Baden-Baden ein.

* Die französischen Abgeordneten aller Parteien billigen den Vorschlag der französischen Regierung, hoffen jedoch, daß sich eine friedliche Lösung des Casablanca-Konflikts finden werde. Der Vorschlag, den gestern abend Vidon dem Fürsten Radolin gemacht hat, wurde in später Nachtstunden nach Berlin übermittelte.

* Nach Mitteilungen aus London sei die Lösung des Orientproblems ernstlich ins Auge gefaßt. Der Gebietsstreifen, den Serbien und Montenegro zur Befriedigung ihrer Wünsche beanspruchen, solle vom Sandsthaat abgetrennt werden und die Türkei als Kompensation die Garantie des serbischen Vorkrieges erhalten.

* Der am 9. Juni 1876 in Braunsberg geborne Dichter Ernst Hardt hat für sein Drama „Janitsch de Karer“, welches das Tristan-Mythos erweitert und vertieft, den Schillerpreis erhalten.

* Die österreichischen Blätter wünschen in ihrer Mehrzahl ein Verbleiben Südlows auf seinem Posten.

Die deutsch-französischen Schwierigkeiten.

Die Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung in Sachen des Casablanca-Zwischenfalls nehmen, wie man uns an zuverlässiger Stelle mitteilt, ihren Fortgang. Die Bemühungen, eine Verständigung über die strittigen Fragen zu finden, begegnen aber leider großen Hindernissen, die durch das Verhalten der französischen Presse hervorgerufen werden. Französische Blätter finden es bedauerlicherweise für angebracht, allerlei unwahre oder übertriebene Meldungen über die deutschen Forderungen zu verbreiten und auf solche Weise die erwünschte Verständigung zu erschweren. Auch läßt sich nicht leugnen, daß die durch das unverständliche Verhalten französischer Zeitungen in Frankreich erzeugte Nervosität sich auch der Pariser Regierung mitteilt und eine Stimmung wachruft, die für eine ruhige Behandlung der ganzen Angelegenheit hinderlich erscheint. Um darzutun, wie maßvoll die Forderung Deutschlands genannt werden kann, geben wir nachstehend ihren wahren Inhalt wieder:

Die Meldungen der französischen Presse, Deutschland verlange, Frankreich solle seine Offiziere und Beamten wegen ihres Verhaltens in der Casablanca-Affäre mahnen, entspricht nicht den Tatsachen. Ebenso ist es unwahr, daß Deutschland eine sofortige Entschädigung oder gar einen Lösegeld vor dem deutschen Konsulat fordere. Diese und ähnliche Nachrichten entsprechen lediglich der Phantasie französischer Blätter und lassen das erforderliche Maß an Objektivität in bedauerlicher Weise vermissen. Tatsache ist, daß die deutsche Regierung eine kurze Erklärung verlangt, in der das Bedauern darüber ausgedrückt wird, daß französische Militärpersonen in die deutschen Konsulargerechtheiten zu Casablanca eingegriffen haben. In diesem Verlangen liegt nichts Ungehörliches oder für das französische Gefühl Kränzendes. Es entspricht vielmehr einem in solchen Fällen

üblich geübten Brauch. Solche bedauernden Erklärungen müssen bei derartigen Angelegenheiten von sämtlichen Regierungen ohne weiteres abgegeben zu werden. Die deutsche Regierung würde zweifellos in einem Fall, wo deutsche Soldaten gewalttätig in die Rechtsphäre einer fremden Macht eingegriffen hätten, sich keinen Augenblick bekümmern, ihr Bedauern darüber auszusprechen, vorbehaltlich aller weiteren Erörterungen über die Einzelheiten des Falles.

Es darf daher wohl der Hoffnung Raum gegeben werden, daß das maßvolle Verhalten Deutschlands, das wohl von jedem Deutschen als berechtigt und der Würde seiner Nation entsprechend angesehen wird, von Frankreich erfüllt werden wird, damit die Verhandlungen über ein anzunehmendes Schiedsgericht zur Beilegung der rein materiellen Streitfragen ihren ungehinderten Fortgang nehmen können. Zunächst scheint es noch nicht so, denn im gestrigen französischen Ministerrat war man der Ansicht, daß es für Frankreich unmöglich sei, den deutschen Gesichtspunkt anzunehmen. In politischen Kreisen glaubt man nicht an eine Verständigung des Komittees und meint, wenn Deutschland ebenso verhältlich wie Frankreich wäre, werde man sich auf eine Erklärung einigen können, in der beide Länder ihr Bedauern über den Zwischenfall ausdrücken und ein Schiedsgericht annehmen. Das aber wäre das für Frankreich einzig mögliche Zugeständnis, und die Weigerung Frankreichs, seine Offiziere und Soldaten zu mahnen, wird als endgültig betrachtet.

Die Haltung Frankreichs wird beeinflusst durch die dortige Presse, denn in Paris ist man heute so, als läge man sich bereits am Ende aller Versuche, den letzten Streitfall auf friedlichem Wege beizulegen. Daß die Londoner Presse Echorufen mit den Pariser Blättern machen würde, war im Voraus zu sehen. Auf beiden Seiten verdrängt man, daß die deutsche Reichsregierung eine ganze Reihe von Übergriffen der Franzosen in Marokko ruhig hingenommen hat — zum schmerzlichen Erkennen der Deutschen in Marokko. Und damit nicht genug — die deutsche Presse ist über manche solcher Vorgänge von den einflussreichen Kreisen gar nicht unterrichtet worden, um die öffentliche Meinung nicht zu erregen. Es handelt sich bei der ganzen Sache weniger um einige Exzesse, als um einen besonders efferanten Fall treiber herausfordernd. Zahlreiche Artikel der französischen Blätter in Marokko besagen, daß man dort seit Jahre und Tag erklärt, Frankreich müsse über die Affäre Casablanca zur Tagesordnung übergehen. Und dies ist denn auch in vielen Fällen gechehen.

Deutsches Reich.

Berlin. Ganz unerhörte Vorkommnisse sollen es sein, die die Tilly Telegramm verheerend hat. Nach Untersuchungen der Allgemeinen Berliner Korrespondenz soll der Autor des Kaiser-Interviews der bekannte, beim Kaiser sehr angesehene Engländer Sidney Witsman sein. Aber Witsman hatte eine Broschüre verfaßt, in der er alle im Laufe der Jahre gehaltenen Gespräche des Kaisers mit englischen Persönlichkeiten nach bei den letzten eingeholten Auskünften inziert haben will und dieser Broschüre den Titel: „Ueber die deutsch-englischen Beziehungen“ gegeben. Diese Broschüre nun soll es sein, die die Reihe

zum Kaiser und in das Auswärtige Amt und wieder nach England zurück zu Witman gemacht haben soll. Letzterer hat nach den Untersuchungen der oben genannten Korrespondenz das Broschürenmanuskript an die Redaktion des bekannt deutschfeindlichen Tilly Telegramm verkauft und hier soll das Manuskript in unerhörtester Weise zu deutsch- bzw. kaiserfeindlichen Absichten ausgeschlachtet worden sein — ob mit oder ohne Vorwissen Witmans ist nicht festgestellt. — Weiteres muß nach dieser Darstellung selbstredend abgewartet werden.

— (Ein National-Bismarckdenkmal.) Ein Ausfluß, dessen Prädium der Reichstagspräsident, die Abgeordneten Passermann, Dr. von Heubrand und Stempel, sowie der Oberpräsident der Rheinprovinz von Schorlemer-Nieker angefordert, erklärt einen Aufruf zur Errichtung eines National-Bismarckdenkmals, das am Rhein errichtet werden soll.

Stimmungsbild aus dem Deutschen Reichstag

Eigen. Bericht.

Zu. Berlin, den 5. November 1908.

Der 188-189 vor dem Forum des Reichstages. Nicht zu Ehren des Automobils hatte sich die Gemeinde der Parlamentarier fast vollständig eingefunden. Wenn man den lebhaft diskutierenden Gruppen nur von fern zuhörte, wußte man, was unsere Reichstagsabgeordneten in Scharen in ihren Wirkungskreis trieb. Die politische Lage, vor allem die Casablanca-Affäre, deren ersterer Beilegung sich niemand verschloß. Kein Wunder, daß die einleitende Rede des Staatssekretärs des Reichsjustizamtes, Dr. Nieberding, für das Automobilliberalitätsgleich nur bei einem Bruchteil der Abgeordneten, die sich um ihn und den neben ihm sitzenden Staatssekretär von Weichmann-Kolowa scharten. Aufmerksamsten lauschte und daß, nachdem der Staatssekretär bereits einige Minuten mit seiner Rede zu Ende war, ein Dutzend Abgeordnete voll lautem Klatschen Bravo riefen.

Viel mehr bemerkt wurde und das ist nicht unwichtig für die jetzigen Verhandlungen des hohen Hauses — daß die rechte Hand des Reichstagspräsidenten, Herr von Voebell, im Hintergrund neben dem Präsidenten von Stolberg aufstande und eine laute Unterredung mit dem oft erregt auf den Tisch klopfenden Herrn von Stolberg hatte. Während dessen erbetete Prinz Carolath von den Nationalliberalen sein Vertheilung mit dem Motto: Automobilliberaler, mehr Vorsicht! Damit aber schloß dem Staatssekretär, daß er den Entwurf umande abbracht hätte, obwohl er gegen starke Einwürfe sowohl in der saarische Automobilliberaler gemeint — hätte kämpfen müssen. Schließlich wird nach längerer Debatte das genannte Gesetz an eine vier Kommission verwiesen.

Unter ständiger Quantifizierbarkeit des Hauses geht man zur Beratung der Zukunftsfrage über, die Herr Dr. Nieberding, neben dem der preussische Justizminister Beisitzer Plak angenommen hat, dem hohen Hause in längerer Rede überbringt. Es handelt sich um eine Uebereinkunft der Rechtsanwälte und hauptsächlich um eine Erweiterung der Zuständigkeit der Amtsgerichte von 300 auf 800 Mark. Herr Dr. Nieberding von den Nationalliberalen kritisiert sachmännlich den Entwurf. Er hebt besonders die Un-